

Herrn
Oberbürgermeister Clausen

Anfrage

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Rat der Stadt Bielefeld	30.10.2014	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes):

**Betreuungsverträge in der Kindertagespflege
(Anfrage der FDP-Gruppe vom 23.10.2014)**

Text der Anfrage:

Frage:

Aus welchem Grund hat der Oberbürgermeister das Jugendamt der Stadt Bielefeld nicht angewiesen, von der in § 23 Abs. 1 Satz 4 KiBiz explizit vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch zu machen, Betreuungsverträge in der Kindertagespflege zu genehmigen, die eine angemessene Zuzahlung für die Mittagsverpflegung durch die Eltern vorsehen, um dadurch unnötige Schwierigkeiten für Tagespflegepersonen und Eltern zu vermeiden?

Zusatzfrage:

Wie schätzt der Oberbürgermeister die mit dem Zuzahlungsverbot einhergehende Einschränkung der grundgesetzlich geschützten Vertragsfreiheit sowie der Freiheit der Berufsausübung für Anbieter der Tagespflege ein?

Unterschrift:

gez. Jasmin Wahl-Schwentker

